

Frieden und Sicherheit in Europa nur gemeinsam zu gewinnen

Geschichtliche Verantwortung und nüchterne Kompromissfähigkeit waren Themen der Heidelberger Friedenskonferenz

von Sabine Hebbelmann, 25. Juni 2025

Der Termin der **Heidelberger Friedenskonferenz** „[Wider die Spaltung Europas – Wege vom Feindbild Russland zur friedlichen Koexistenz](#)“ am 22. Juni 2025 war mit Bedacht gewählt. Denn – anders als in Deutschland – ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion unvergessen, dass der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den Beginn des Deutsch-Sowjetischen Krieges mit rund 27 Millionen sowjetischen Toten markierte. Der Jahrestag wird in Russland, Belarus und der Ukraine als „Tag der Erinnerung und der Trauer“ begangen.

Im Haus der Begegnung [begrüßte Joachim Guilliard](#) rund 130 Interessierte im Namen der Veranstalter pax christi Heidelberg und Diözesanverband Freiburg, Friedensbündnis Heidelberg, Erhard-Eppler-Kreis, Druschba Heidelberg-Mannheim und Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden.

„Es gibt wohl keine Familie, die in diesem völkermörderischen Krieg keine Toten oder Verschleppten zu beklagen hatte“, sagte Guilliard. Der geschichtlichen Verantwortung gegenüber den betroffenen Völkern sei die Bundesrepublik nicht gerecht geworden.

Auch auf aktuelle Ereignisse ging der **Heidelberger Friedensaktivist und Autor mit dem Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten** kurz ein, etwa auf den „unprovokierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ gegen Iran durch die Atommacht Israel mit Beteiligung der USA und politischer Rückendeckung aus Deutschland.

„Die USA und ihre Verbündeten stemmen sich mit allen Mitteln gegen den Verlust ihrer Vormachtstellung in der Welt und setzen zunehmend auf die Ebene, auf der sie nach wie vor dominierend sind, nämlich die militärische“, so Guilliard. Dies sei der eigentliche Grund, weshalb die NATO-Armeen über Rüstungsausgaben in irrsinniger Höhe hochgerüstet werden und die Bundeswehr bis 2029 für den großen Krieg gegen Russland bereit gemacht werden soll.

Aufgabe sei, die Kriegsnarrative zu entlarven und daran zu erinnern, dass die europäischen Länder bis vor gut 35 Jahren noch auf einem vielversprechenden Weg waren, die Spaltung Europas zu überwinden und den Frieden durch Entspannung, Kooperation und Abrüstung zu sichern.



Hartmut Müller, pax christi Heidelberg, trug mit zwei Mitgliedern von **Druschba Heidelberg-Mannheim** Auszüge der **Rede** vor, die **Erhard Eppler am 75. Jahrestag des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion** 2016 hielt.

Sie handelte davon, wie in der BRD im Zuge des Kalten Krieges, in dem „der neue Feind der alte“ war, die unfassbaren Verbrechen der Wehrmacht verdrängt und verschwiegen wurden. So fragte Eppler: „Wer von uns weiß schon, dass es deutsche Generäle gab, die offen aussprachen, dass man die nicht mehr arbeitsfähigen sowjetischen Gefangenen verhungern lassen müsse?“ Der Hungertod von mehr als drei Millionen Kriegsgefangenen: ein Mittel der Dezimierung.

Eppler wandte sich angesichts des Ukraine-Konflikts gegen Geschichtsvergessenheit, Hass und Arroganz und warb für das „gemeinsame Haus Europa“, in dem sowohl Russland als auch die Ukraine ihre Wohnung hätten.



Der Freiburger **Friedensforscher und Militärhistoriker Prof. Dr. Wolfram Wette** knüpfte an das Memorandum „Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe“ an, eine Aufsatzsammlung, die er Ende der 80er Jahre an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg mit Erhard Eppler und anderen herausbrachte.

Nicht zuletzt thematisierte sie, was damals in Ost und West als großes Zukunftsversprechen anklang: „Gemeinsame Sicherheit“.

Seinen Vortrag hatte er überschrieben mit „**Frieden mit Russland – eine immer noch unerledigte Aufgabe**“.

Wette erinnerte daran, dass erst die 1995 eröffnete Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941–1944" breite wirksame Aufklärung über den besonderen Charakter des in Deutschland so genannten „Russlandkrieges“ leistete.

Demnach war das Ziel die Vernichtung der Juden und die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten durch Vertreibung, Versklavung oder Ermordung der dort lebenden Bevölkerung. Für diesen Zweck wurden die slawischen Völker in die rassenideologische Kategorie „Untermenschen“ einsortiert, die sich angeblich von als jüdisch dargestellten Bolschewisten leicht beherrschen ließen.

Damit verknüpften die nationalsozialistischen Propagandisten verbreiteten Rassismus mit antikomunistischer Ideologie.

Den von langer Hand geplanten Überfall verschleierten sie mit einer Kriegslüge: Mit dem Angriff sei man einem geplanten Krieg der Sowjetunion gegen Deutschland zuvorgekommen.

In der erneut kriegerischen Gegenwart könne die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 70er Jahren Mut und Hoffnung machen. Sie basiere auf der einfachen Erkenntnis, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur in einem Mit- und nicht in einem Gegeneinander gewonnen werden können.

Michael von der Schulenburg ging in freier Rede der Frage nach: „**Kann ein Ende des Krieges in der Ukraine auch Frieden für Europa bringen?**“ Er war über 34 Jahre als Diplomat der OSZE und der UN in vielen Kriegsgebieten der Welt im Einsatz, setzt sich für eine Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg ein und wurde 2024 für das BSW ins Europaparlament gewählt.

Der ehemalige Diplomat stellte die Bedeutung der UNO-Charta heraus. „In den ganzen Kriegen, da hat man das Dokument unter dem Kopfkissen, das kann ich Ihnen sagen.“ Erschüttert zeigte er sich auch von dem Bruch des Völkerrechts durch den gerade erfolgten US-Angriff auf Iran.

Der Vorstellung eines „gerechten Frieden“ erteilte er eine Absage. Die Aussage von Willy Brandt „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, bezeichnete er als eine Entschuldigung. Denn Frieden sei immer ein Kompromiss von Interessen, bei dem es Gewinner und Verlierer gibt.



Die Erzählung eines „gerechten Krieges“ verbunden mit Vorwürfen wie Vergewaltigungen oder die Verschleppung von Kindern diene in jedem Krieg der Motivierung der eigenen Soldaten und der Bevölkerung.

Dabei gehe es für die Staaten meist um Sicherheitsinteressen, die am Ende diplomatisch geklärt würden.

„Wir können nicht verhandeln, wenn nicht beide Seiten einig sind, was der Konflikt ist“, betonte von der Schulenburg. Entscheidend sei beim Ukrainekrieg die Ausweitung der NATO mit dem Versuch, neben der Ukraine auch Georgien und Moldawien in das Militärbündnis zu holen. Donald Trump habe das anerkannt. Dessen Vorschlag habe Putin nur deshalb nicht akzeptiert, weil er Trump nicht vertrauen konnte bzw. nicht sicher sein kann, dass dieser das was er verspricht auch durchsetzt.

Nicht nur der Einmarsch Russlands sei völkerrechtswidrig gewesen, auch der Boykott der ernsthaften Verhandlungen, mit denen die Ukraine und Russland nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn in Istanbul eine Friedenslösung suchten. Diesen bezeichnete der ehemalige Diplomat als einen Bruch der in der UN-Charta vereinbarten zwingenden Verpflichtung zur friedlichen Beilegung aller Streitigkeiten.

Ebenso sei das völkerrechtlich bindende Friedensabkommen von Minsk missachtet worden.

Inzwischen sei der Krieg im Grunde entschieden, zumal die USA sich zurückgezogen haben. „Er wird nur weitergeführt, weil wir Europäer uns dafür stark gemacht haben“, sagte von der Schulenburg und machte deutlich, dass in der Endphase des Krieges Soldaten in großer Zahl einfach hingemordet werden für nichts. „Die betrogene Ukraine“ werde sein nächster Artikel heißen, kündigte von der Schulenburg an.

Ohne erfolgreiche Verhandlungen drohe die Ukraine ihre Staatlichkeit zu verlieren, warnte er. Und so appellierte er an die Verantwortlichen in der EU: „Wir können nur die Ukraine retten, indem wir mit Russland reden!“

Viel Applaus bekam der Referent für seine Schlussfolgerung im Angesicht der globalen Verhältnisse: „Wir sind keine Großmacht. Und wir sollten uns auch nicht dementsprechend verhalten.“

Der Vorsitzende der AG SPD 60 plus und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding, einer der Initiatoren des **Manifests der SPD-Friedenskreise**, ging auf unterkomplexe Reaktionen ein, die ihm jeden Tag auch aus der eigenen Partei begegnen. Und auch auf die von seinem Vorredner aufgemachte These, dass nicht die Vorgeschichte entscheidend sei, sondern der Konflikt an sich. Dialektisch hob er hervor: „Das Ganze: Hintergrund, Ursache, Anlass, Wirkung und Folgen, ist der Konflikt.“ Und bei Konflikten gehe es jeweils um den Ausgleich der verschiedenen Interessen.

„Aber die hochqualifizierte Kritik, die uns entgegenschlug, schon vor zwei Jahren bei der Initiative ‚Mehr Diplomatie wagen‘ hieß: Ihr vernebelt die Realität. Und warum? Die Antwort: Putin will nicht reden.“

Zu hören bekam er, die Verfasser seien intellektuell verwirrt oder Nostalgiker, die eine Folie der 70er Jahre nutzen.

„Ihr merkt schon: alles hochfachliche Einwände gegen unsere Vorschläge“, so Binding. Das Schönste sei, wenn die Leute sagen: „Ihr seid 60 plus, ihr habt graue Haare und wollt nichts mehr werden. Legt euch zur Ruhe.“

Die Debatte in seiner Partei sei nicht einfach aber notwendig. Was den gestandenen Politiker erschreckte und sichtlich anfasste: „Die Leichtigkeit, mit der uns der Begriff ‚Kriegstüchtigkeit‘ über die Lippen geht, mit allen Konsequenzen, die das hat für den Umbau der gesellschaftlichen Wahrnehmung für die Wiederbewaffnung.“ Fast egal welcher Konflikt heute beschrieben wird, die Antwort laute: „Aufrüstung“.

Über Stationierung und Einsatz von Mittelstreckenraketen in Deutschland entscheide die USA – inzwischen in der Person eines Donald Trump.

„Oder die Leichtfertigkeit, mit der gesagt wird, wenn Trump 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die NATO will, dann machen wir das auch.“ Es gebe auch andere Bedrohungsängste, etwa die, dass die gesamte Kommunikation, die Künstliche Intelligenz und jeder Panzer, der auf den Meter genau über das All gesteuert wird, Satelliten nutzen, die in den Händen ganz weniger privater Leute sind. „Das ist vollständig außerhalb der Entscheidungskompetenz von Politikern oder Regierungen“, warnte der Politiker.

Binding übte auch Kritik am Umgang der Medien mit dem Manifest, nahm aber die Rhein-Neckar-Zeitung ausdrücklich davon aus. Sie gehe mit dem Thema sehr sensibel um.

Am Flügel spielte Ulrich Becker „Nein, meine Söhne geb‘ ich nicht“, von Reinhard Mey, bevor das Publikum mit dem Podium in einen lebhaften Austausch eintrat.



v.l. Joachim Guilliard, Wolfram Wette, Michael v.d. Schulenburg und Hartmut Müller

Fotos: Sabine Hebbelmann